

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 59 (1965)
Heft: 4

Artikel: Weltrundschau : Weltraumeroberung? ; Der ruchlose Krieg ;
"Kommunistischer Angriff" ; Weltweiter Widerstand ; Die Orientfrage ;
"Die Leute auf dem Mond" ; England - Frankreich - Spanien

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140995>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Leichtindustrien lernen sie zum Beispiel auch die Technik des Baumwollspinnens, der Backsteinherstellung, verschiedener Verfahren der keramischen Industrie und andere Arbeiten, die von den Rohstoffen der Kommunen selbst abhängen. Die Ausbildung von Verwaltern und Leitern industrieller Betriebe gehört darüber hinaus zu den wesentlichen Aufgaben der Kommunen, heute, da sich das System eingelebt hat.

Das Wichtigste von allem ist aber vielleicht die Anschauung in der *Alltagspraxis der Demokratie* — die in der Struktur der Kommunen, das heißt in deren selbständiger Verwaltung, in den Produktionsgruppen und in der Tätigkeit des Kommunen-Ausschusses geboten wird. Man muß sich vorstellen, daß dieses Training in ganz China vor sich geht, ein Prozeß, der das ganze soziale, politische und wirtschaftliche Leben der Landbevölkerung beeinflußt.

Die Leute in den Kommunen sind nicht durch Propaganda aus Peking überredet worden — sie wurden überzeugt *durch die praktischen Ergebnisse ihrer eigenen Anstrengungen*, sie sahen, daß das System funktioniert und dies zu ihrem Vorteil.

Als ich die East-Flower-Kommune in der Kwantung-Provinz, die letzte Kommune, die ich während meiner 1963er-Tour besuchte, verließ und über die gut bewässerten Reisfelder von einem unwirklich lebhaften Grün hinwegblickte, mußte ich immer wieder an die Propagandaschreiber in Hongkong, Singapur und der Städte des Westens denken, von denen die meisten nie bis auf 100 Meilen an eine Kommune herangekommen sind, und die kürzlich wieder proklamierten, das Kommunen-System habe sich totgelaufen. Ob wohl die Dutzende von Ausländern, die 1963 und 1964 die totgesagten Kommunen besucht haben und ihr Gedeihen feststellten, ihre Stimme gemeinsam erheben und vielleicht einmal das Ohr eines Josef Alsop und anderer Unglückspropheten erreichen könnten?

WELTRUNDSCHAU

Weltraumeroberung? Unsere Weltrundschau wird wohl allmählich auch den außerirdischen *Weltraum* in ihren Bereich einbeziehen müssen, wenn dessen «Eroberung» im gleichen Zeitmaß weitergehen sollte, wie das bisher der Fall war. Aber ich kann mir nicht helfen: so erstaunlich, ja phantastisch auch die jüngsten Leistungen der russischen wie der amerikanischen Raumfahrt vom technischen und wissenschaftlichen Standpunkt aus wieder sind, so kann man an ihnen doch unmöglich eine rechte Freude haben, solange mindestens fünfzehn Prozent der auf unserer Erde lebenden Menschen dauernd unter Hunger leiden und die Gefahr eines

Atomkriegs über uns schwebt. Auch der Leiter der Ernährungsabteilung der Vereinten Nationen, der Inder B. R. Sen, sagte kürzlich, daß die nächsten drei oder vier Jahrzehnte eine höchst kritische Zeit in der Geschichte der Menschheit sein würden. Wenn nicht eine Hungerkatastrophe von unvorstellbarem Ausmaß eintreten solle, müsse schon bis 1980 die Erzeugung von Getreide um 55 Prozent gesteigert werden, diejenige von Hülsenfrüchten um 90 Prozent und die von Öl und Fetten um 95 Prozent. In den unterentwickelten Ländern müsse bis zum Jahr 2000 die Lebensmittelmenge vervierfacht werden. Ist es angesichts dieser Sachlage nicht ein Frevel, alljährlich Milliarden von Dollars und Rubeln für Fahrten nach dem Mond und den Planeten hinauszuworfen und in den Dienst dieser ehrgeizigen Ziele die Kräfte zahlloser Menschen zu stellen, deren Scharfsinn und Erfindungsgeist unendlich besser für die Besiegung des Welthungers verwendet würde?*

Die Kosten eines solchen *Feldzugs gegen den Hunger* wären natürlich gewaltig. Der frühere Direktor des Weltwirtschafts-Instituts in Kiel, Professor Fritz Baade, schätzt sie auf jährlich 25 bis 30 Milliarden Dollar (100 bis 130 Milliarden Schweizer Franken). Sie wären aber, wie auch Baade feststellt, mit Leichtigkeit aufzubringen, wenn die Völker der Erde ihre Ausgaben für Kriegsrüstungen auch nur «auf ein erträgliches Maß» herabsetzen, belaufen sie sich doch gegenwärtig auf mindestens 100 Milliarden Dollar im Jahr. Dazu kommen dann also die Ausgaben für die Eroberung des Weltraums, die in den nächsten Jahren immer höher ansteigen werden. Wie alle einschlägigen Untersuchungen ergeben haben, würde eine kräftige Herabsetzung der Kriegsrüstungen das Wirtschaftsleben nicht wesentlich stören, sondern ihm umgekehrt neuen und dauernden Auftrieb geben. Damit sich die Forderung nach Rüstungsabbau zugunsten des Krieges gegen den Hunger durchsetzt, müssen wir aber, wie Professor Baade in seinem Buch «. . . denn sie sollen satt werden» schreibt, «unseren Hunger und unser Dursten nach der Gerechtigkeit pflegen und wachhalten. Dieser Hunger muß brennend sein. Der Kampf gegen den Hunger ist ein Unternehmen, das in seiner Größe weit über alles hinausgeht, was es bisher an Handlungen der Nächstenliebe und Hilfe gegeben hat . . . Einzelne reiche Männer, die sich den Kopf über die Rettung der Armen zerbrechen, hat es zu allen Zeiten der menschlichen Geschichte gegeben. Daß aber die Gesamtheit der reichen Völker auf dieser Erde — immer einschließlich der Sowjetunion fast eine Milliarde Menschen — unablässig daran denken soll, wie den armen und hungernden Völkern am wirksamsten geholfen werden kann, das ist eine Forderung, die über die höchsten Anforderungen hinausgeht, die je an die menschliche Moral gestellt wurden.»

* Allein für die Vorbereitung einer Landung auf dem Mond (etwa 1970) sind in den Vereinigten Staaten schon unter Kennedy 20 Milliarden Dollar (85 Milliarden Schweizer Franken) zur Verfügung gestellt worden. In der Sowjetunion werden es kaum weniger sein.

Der ruchlose Krieg Was ist es aber, so fragen wir immer wieder, was einem weltweiten Feldzug gegen den Hunger und die militärische Abrüstung im Weg steht? Und wir können immer nur antworten: *Die Angst der «freien Welt» vor der sozialen Revolution, vor dem «Kommunismus»,* wie man es irreführend zu heißen pflegt, irreführend darum, weil das, was man im Westen angeblich am Kommunismus allein verabscheut, seine planmäßige Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung der sozialen Revolution, in dem Maß zurücktreten würde, in dem Hunger, Armut und Not der unterentwickelten Völker überwunden würden. Aber es ist ja in Wahrheit gar nicht in erster Linie der Abscheu gegen Gewaltanwendung im Dienst einer sozialen Umwälzung, was man im wohlhabenden Westen gegenüber dem Kommunismus empfindet (sonst hätte es nie einen Faschismus und auch nie Völkerkriege vor dem Aufkommen des Kommunismus gegeben), sondern der entschlossene Einsatz für die soziale Umwälzung *selber*. Um diese zu verhindern, *darum* rüstet man in der «freien Welt» zum Krieg gegen die kommunistischen Länder — gestern vor allem gegen die Sowjetunion und ihre europäischen Verbündeten, heute mehr und mehr gegen China und die kommunistisch regierten Staaten Ostasiens. Jetzt ist *Nordvietnam* an der Reihe, mit dem zusammen aber besonders China getroffen und erledigt werden soll.

Die amerikanische Kriegführung in Vietnam entgleitet nämlich von Woche zu Woche mehr den Washingtoner Regierungsmännern und gerät entsprechend mehr in die Hände der selbständig entscheidenden Generäle, die offenbar keinerlei Hemmung politischer oder gar sittlicher Art in ihrem Willen kennen, mit dem «Kommunismus» in Asien endgültig abzurechnen. Die bloßen «Vergeltungsschläge» gegen einzelne nordvietnamische Militäreinrichtungen, als Antwort auf Angriffe der südvietnamischen Aufständischen, gehören der Vergangenheit an. Anfang März begann eine allgemeine amerikanische Luftoffensive mit dem Zweck, Nordvietnam militärisch überhaupt lahmzulegen. Am 22. März wurden dann die amerikanischen Militärflieger ermächtigt, «nach Belieben» günstige Ziele für ihre Bombenangriffe auszuwählen, was einer förmlichen Ausdehnung des Krieges auch auf die Zivilbevölkerung gleichkam. Und schließlich griffen die Amerikaner, nicht zufrieden mit der Verbrennung ganzer südvietnamischer Dörfer durch Napalm, auch noch zur Anwendung von Kampfgasen — «harmloser» Gase, wie sie sagen, die «nur» Tränen, Erbrechen und zeitweilige Lähmung der Atmungsorgane bewirken, aber eben doch die Gefahr in sich bergen, durch eigentliche Giftgase und andere chemische oder auch biologische, ja vielleicht sogar «kleinkalibrige» atomare Massenvernichtungsmittel ersetzt zu werden, wenn alles andere nicht mehr hilft.

Das ist nun sogar dem Londoner «New Statesman» zuviel, der unter seinem neuen Chefredakteur für die Ausdehnung des USA-Krieges auf Nordvietnam zuerst volles Verständnis gezeigt hatte, mit dem Vorbehalt freilich, daß nun auch Verhandlungen über eine Beendigung

der Feindseligkeiten eröffnet werden sollten. «Die Regierung der Vereinigten Staaten», so schreibt das Labourblatt (26. März), «hat jetzt (!) jedes Recht auf britische Sympathie in bezug auf Vietnam verwirkt . . . General Maxwell Taylor, der mit der Autorität seines Präsidenten spricht, verkündet jetzt die unbegrenzte Ausdehnung des Konflikts: ‚Es gibt keine Grenzen mehr für die Steigerung (escalation) der Kriegshandlungen. Der Druck hört erst an dem Punkt auf, wo der Feind nachgibt‘ . . . Alle Werkzeuge modernen Barbarentums kommen jetzt zur Anwendung . . . Zum ersten Mal seit 1918 gebraucht eine demokratische Macht Gas als Kriegswaffe; und die Schande wird wenn möglich noch größer durch die Erklärung, daß diese Methoden ‚auf experimenteller Grundlage‘ angewendet würden. So behandeln die Amerikaner, wie Hitler und Mussolini in Spanien, die unglücklichen Einwohner von Vietnam als lebendiges Laboratorium zur Erprobung ihrer neuen Waffen. Das letzte Bruchstück von Amerikas moralischem Ansehen in Vietnam ist durch die Bombenluken zum Teufel gegangen.»

«Kommunistischer Angriff»

Nicht weniger empörend als die amerikanische Kriegführung in Vietnam ist die verlogene *Begründung*, die die Regierung der Vereinigten Staaten ihrem Krieg gibt: er sei ja nur die Abwehr des Versuches, das Volk Südvietnams unter die Herrschaft der nordvietnamischen Kommunisten zu bringen, die ihrerseits im Dienste des «chinesischen Imperialismus» stünden.* Wir haben die Unwahrheit dieser Behauptung schon in unserer März-Rundschau klargelegt; inzwischen hat aber das amerikanische Weißbuch, das die Ausdehnung der USA-Operationen auf Nordvietnam rechtfertigen sollte, unwillentlich selbst die gänzliche Hohlheit der amtlichen Darstellung erwiesen. I. F. Stone, der verdienstvolle Verfasser einer ausschließlich aus amerikanischen Quellen geschöpften «Geheimgeschichte des Koreakrieges», unterzieht dieses Weißbuch in seinem «Weekly» (8. März) einer vernichtenden Kritik. Es wird darin glaubhaft zu machen versucht und als «unwiderleglich feststehend» erklärt, «daß die Regierung in Hanoi ein durchgearbeitetes Programm der Belieferung ihrer (!) Streitkräfte im Süden mit Waffen, Munition und anderem ausführt». Ein genaues Studium der Statistiken, die dem Weißbuch beigegeben sind und die sich Stone noch durch weitere amtliche Angaben ergänzen ließ, ergibt aber etwas ganz anderes. Zunächst haben die Vietcongleute während der drei Jahre, auf die sich die Zahlenangaben beziehen, 12 300 Waffen mehr erbeutet, als sie an ihre Gegner verloren haben, und zwar fast alles Waffen amerikanischer Herkunft. Sodann haben die Amerikaner während 18 Monaten zwar 7500 Waffen erbeutet, aber davon stammten

* Natürlich faselt auch die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 1274) von einem solchen Zusammenhang, wenn sie die Nationale Befreiungsfront Südvietnams als «von Hanoi gesteuerte und von Peking unterstützte kommunistische Frontorganisation» bezeichnet.

nur 179 — ganze 2½ Prozent — von kommunistischer Seite, am wenigsten aus Nordvietnam. Mit sämtlichen Waffen kommunistischer Herkunft könnte nicht einmal ein einziges Bataillon ausgerüstet werden, und die erbeutete Artilleriemunition würde kaum für zehn Minuten reichen. Die Waffen kommunistischer Herkunft sind aber lange nicht alle von kommunistischen Staaten geliefert worden; abgelegte sowjetische, tschechische, chinesische Waffen kann jedermann auf dem freien internationalen Waffenmarkt kaufen, ebenso wie beispielsweise die algerischen Aufständischen einen erheblichen Teil ihrer Waffen und sonstigen Ausrüstungen aus amerikanischen Altbeständen bezogen, ohne daß die Franzosen aber Amerika der Unterstützung der Nationalen Befreiungsfront Algeriens bezichtigten.

Was nun die angebliche oder tatsächliche «Einsickerung» von Nordvietnamesen in Südvietnam betrifft, so beruht die Zahl von 19 550 «Eingesickerten» (1959 bis 1964) auf bloßen Schätzungen. «Nirgend», so bemerkt Stone, «gibt man uns an, wieviel Mann, die aus dem Norden eingesickert waren, tatsächlich gefangenengenommen worden sind.» Das Weißbuch behauptet zwar, in den ersten acht Monaten von 1964 seien über 4400 Angehörige von Nordvietnam nach dem Süden gekommen. Aber bei sorgfältigem Lesen des Textes und der Beilagen findet man nur die Namen von 6 (sechs) Nordvietnamesen. Im 1. Teil, Abschnitt B, wird von einer Gruppe von neun Gefangenen gesprochen. Aber alle neun sind aus Südvietnam. Abschnitt C enthält Bilder von neun anderen, von denen nur vier aus Nordvietnam stammen. In Beilage C findet man Beschreibung und Bilder von neun weiteren Soldaten, die aus dem Norden nach Südvietnam entsandt worden seien. «Der Bericht erklärt nicht, welche davon ursprünglich aus dem Süden stammten, gibt aber die Namen der Provinzen an, in denen sie geboren wurden. Wenn man diese nachprüft, so stellt sich heraus, daß nur zwei von den neun in Nordvietnam geboren wurden. Das ergibt eine Gesamtzahl von sechs eingesickerten Nordvietnamesen. Es ist seltsam, daß nach fünf Jahren Kampf das Weißbuch so wenige Namen anführen kann.»

So steht es also mit der «Masseneinsickerung» aus Nordvietnam, die die Amerikaner gezwungen habe, gegen 30 000 hoch gerüstete Soldaten (eingeschlossen die jüngst eingetroffenen berühmten Marinefüsiliere) nach Vietnam zu werfen, um der Unterwanderung Südvietnams durch nördliche Kommunisten Herr zu werden und die Freiheit des südvietnamischen Volkes zu retten. Die Wahrheit ist, daß Südvietnam im *Bürgerkrieg* steht, daß der Vietcong wie jede Guerillastreitmacht von der Unterstützung durch die Bevölkerung, besonders die Bauern, lebt; daß die Volksmehrheit durchgreifende soziale Reformen, vor allem eine Neuverteilung des Bodens, verlangt und sich eine Regierung nach *ihrem* Sinn geben will, während die Amerikaner dem Volk eine korrupte, habsüchtige, aber unfähige und rückschrittliche Regierung aufzwingen wollen und so die Aufständischen selber zur

Verbündung mit der verhältnismäßig kleinen Gruppe von südvietnamischen Kommunisten treiben. Weil aber die Amerikaner mit dem Vietcong trotz größter Übermacht nicht fertig werden, benützen sie die im Vergleich zu ihrer eigenen Armee in Vietnam höchst bescheidene militärische Unterstützung des Vietcong durch den Norden als Vorwand, um gleich auch Nordvietnam zu zerschlagen und womöglich mit der Volksrepublik China anzubinden, deren Dasein sie niemals anerkannt haben und deren Sturz, wie sie meinen, den Kommunismus in ganz Ost- und Südasiens erledigen würde, so daß die Sache der sozialen Revolution in der ganzen Welt eine Niederlage ersten Ranges erleiden müßte.

Weltweiter Widerstand Der Widerstand gegen diese unverantwortliche Katastrophenpolitik wächst denn auch in der ganzen Welt zusehends. Auch in den Vereinigten Staaten. Das eindrucksvollste Beispiel dafür ist der an anderer Stelle dieses Heftes gewürdigte freiwillige Opfertod von *Alice Herz* in Detroit. Wir alle, die wir seit Jahrzehnten diese ungewöhnliche Frau kannten und mit ihr in steter freundschaftlicher Fühlung standen, waren über ihre Tat um so tiefer bestürzt, als sie — die zum christlichen Glauben gekommene Jüdin — immer wieder, wie sie noch in einem ihrer letzten Briefe an den Schreibenden sagte, in der Weltgeschichte wie namentlich in dem Kampf um eine entscheidende Wendung in Südostasien das Walten des «Allerhöchsten Herrn über Krieg und Frieden» sah, der seine «Schachzüge» mache, «um die Zerstörer schachmatt zu setzen». Und nun glaubte sie, von ihrem Gewissen gedrängt, doch selbst eingreifen und durch das Opfer ihres Lebens den Völkern der Welt, namentlich aber dem Volk der Vereinigten Staaten, ein weithin sichtbares Signal zum Widerstand gegen den Vietnamkrieg der USA geben zu müssen!

Wie man von vornherein annehmen mußte, war die unmittelbare Wirkung ihres Opfers auf die Zyniker, die die amerikanische Politik beherrschen, zunächst gleich Null. Daß aber die mittelbaren Wirkungen der Tat dieser großen, tapferen Seele doch nicht ausbleiben werden, steht für mich vollkommen fest. Von dem Geist, der Alice Herz so glühend erfüllte, lebt ja im Grunde die ganze weltweite Bewegung für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit unter den Völkern. Gerade während ich diese Zeilen schreibe, bekomme ich einen Brief aus Tokio, in dem ein Führer der japanischen Friedensbewegung, Professor Shingo Shibata, mir schreibt, er habe zusammen mit dem Generalsekretär des japanischen «Rates gegen die A- und H-Bomben» eine Pressekonferenz veranstaltet, um die möglichst weite Verbreitung von Alice Herz' «Testament» in der japanischen Presse zu erreichen. Bereits sei ein Teil davon mit dem Bild von Frau Herz in der Nummer vom 23. März der Zeitung «Asahi» erschienen, die mit einer Auflage von über drei Millionen eines der größten Tagblätter Japans ist. Desgleichen sei ein

entsprechender Artikel von der Nachrichtenagentur «Kyodo News Service» sowie ein langer Kommentar über Alice Herz von der kommunistischen Zeitung «Akahata» (Auflage 150 000) veröffentlicht worden. Ein Aufsatz des Briefschreibers selbst wird in einer der gelesensten Monatsschriften Japans, «Bungei Shunju», erscheinen.

Und all das ist nur ein Anfang! Wir können sicher sein, daß die Bewegung der Geister in aller Welt weitergeht und ihren heilsamen Einfluß auf den Gang der Dinge doch ausüben wird. Solche Taten bleiben nie vergebens — ja, man kann ruhig sagen, daß umgekehrt ohne die Gesinnung, die dahinter steht, aller Kampf für das Gute in unserer Welt vergeblich bliebe.*

Mittlerweile droht freilich der amerikanische Krieg gegen Nordvietnam zu unheilvollen Weiterungen zu führen. Die *Regierung von Hanoi* hat bisher eine bewundernswerte Zurückhaltung bewahrt. Dies nicht zuletzt darum, weil sie unter der Führung von Ho Chi-Minh — entgegen einer im Westen verbreiteten oberflächlichen Meinung — seit Jahren bestrebt ist, möglichst unabhängig von China zu bleiben und in dem sowjetisch-chinesischen Streit nur widerwillig für Peking und gegen Moskau Partei ergriffen hat. Die Vereinigten Staaten drängen nun aber Nordvietnam, dem die Amerikaner die bedingungslose Unterwerfung unter ihren Willen zumuten, fast unwiderstehlich auf die chinesische Seite. Und wenn auch die *Pekinger* Regierung lange Zeit nur ausweichende und zweideutige Erklärungen über ihre Solidarität mit Nordvietnam abgegeben hat, so scheint es nach neuesten Berichten doch, daß sie nahe daran ist, dem kommunistischen Nachbarland mit einer «Freiwilligenarmee» zu helfen, wie sie es seinerzeit schon Korea gegenüber getan hat. Ja, sogar in der *Sowjetunion* spielt man nun mit der Entsendung eines Expeditionskorps nach Nordvietnam, so sehr Moskau bisher auch beflissen war, unter Zurückstellung wirksamer Unterstützung des Freiheitskampfes der Kolonial- und Halbkolonialvölker seine Politik der friedlichen Koexistenz mit den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten.

* Mehr als befremdlich ist die Würdigung, die Alice Herz und ihre Opfertat im Zürcher «Aufbau» (Nr. 13) gefunden hat. Der Verfasser des Artikels zollt natürlich der «Fähigkeit der restlosen Hingabe», die Alice Herz bewiesen habe, hohe Anerkennung, findet aber, sie sei selber ein Opfer geworden, «das Opfer eines in blindem Fanatismus (!) festgehaltenen Irrtums, objektiv gesprochen: einer weltgeschichtlichen Lüge». Kein Wort des Verständnisses dafür, daß ein nach Gerechtigkeit und Frieden hungernder Mensch zu leidenschaftlicher Empörung über den schmutzigen Krieg der Amerikaner in Vietnam getrieben werden konnte, ja mußte, hingegen wieder ein Loblied auf die angebliche Friedenspolitik, die von den Vereinigten Staaten, «gegenüber der Sabotage des totalitären Systems geduldig und beharrlich verfochten» werde. Man müsse doch froh sein, daß die USA es übernommen hätten, «sich als Weltpolizei einzusetzen, wo immer das verbrecherische Attentat der Aggression gegen wehrlose Völker begangen wird». Eine krassere Entstellung der Wahrheit kann man sich kaum vorstellen! Nicht Alice Herz, nein, der Verfasser des «Aufbau»-Artikels ist das Opfer eines in wirklich blindem Fanatismus festgehaltenen Irrtums, einer weltgeschichtlichen Lüge, geworden.

Wohin das alles führen wird, ist noch gar nicht abzusehen. In Washington bleibt man ebenso halsstarrig wie nur je und lehnt jede Verhandlung über eine friedliche Lösung der Vietnamfrage entrüstet ab, obgleich die nordvietnamische Regierung zu verstehen gegeben hat, daß sie bereit wäre, die Hand zu einem Abkommen zu bieten, das es den Amerikanern erlauben würde, unter glimpflichen Bedingungen aus der Sackgasse herauszukommen, in die sie sich, verblendet wie immer, verrannt haben. Jedenfalls gehen aber hinter den Kulissen die Versuche der Verbündeten und Freunde der Vereinigten Staaten weiter, Washington von der Aussichtslosigkeit einer Gewaltlösung der Südostasienkrise zu überzeugen und es namentlich von einer Kraftprobe mit China abzuhalten.

Die Orientfrage Im *Mittelosten*, der neben dem südostasiatischen Raum in den letzten Wochen ebenfalls der Schauplatz und Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen war, ist seither wieder — wenn auch sicher nur vorübergehend — eine gewisse Beruhigung eingetreten. Die Häufung von groben Fehlritten, die sich Westdeutschland im Zusammenhang mit Ulbrichts Besuch in Ägypten geleistet hat, führten wenigstens zu dem einen Guten, daß die Bonner Regierung endlich *Israel* völkerrechtlich anerkennen will. Und wenn die Bundesrepublik damit auch nur einen taktischen Schachzug im machtpolitischen Spiel um den Mittelosten getan hat, dem jeder moralische Wert fehlt, so war es für Israel doch gegeben, daß es auf das Bonner Angebot einging, schon um nicht Nasser einen neuen Trumpf in die Hand zu geben. Ägypten — die «Vereinigte Arabische Republik», wie es sich noch immer heißt — droht jetzt mit Vergeltungsmaßnahmen: Anerkennung der DDR, Bruch mit Bonn, Sperre gegen westdeutsche Waren, Einstellung der Kreditrückzahlungen an Westdeutschland, Beschlagnahme der westdeutschen Vermögenswerte, Schließung der deutschen Schulen usw. Wieweit Nasser tatsächlich gehen will und kann, hängt größtenteils von den anderen arabischen Staaten ab, die keineswegs mit Begeisterung den Kriegspfad zu betreten gesonnen sind. Nur Jemen, Irak und möglicherweise Syrien sind ebenfalls zur Anerkennung der DDR bereit. Den Abbruch der Beziehungen zur Bundesrepublik wollen nur Jordanien, Libanon, Saudi-arabien, Kuweit und der Sudan mitmachen. Libyen, Tunesien, Algerien und Marokko tragen gegen einen solchen Schritt starke Bedenken und sind kaum bereit, um der «arabischen Solidarität» willen ihre aussichtsreichen Wirtschaftsverbindungen mit Westdeutschland zu gefährden. Dennoch wird es die Bundesrepublik schwer haben, ihre neu-gewonnene Stellung in den Ländern Vorderasiens und Nordafrikas zu bewahren und an den dortigen Industrialisierungsprojekten weiterhin so maßgebend und gewinnbringend wie bisher teilzunehmen.

Israel wird freilich aus der Abkühlung der westdeutsch-arabischen Beziehungen kaum großen Vorteil ziehen. In seinem Kampf gegen die

Ableitung des Jordanwassers durch Syrien und Jordanien und gegen die Bedrohung seines ganzen staatlichen Daseins durch seine arabischen Nachbarn wird es in Bonn wenig Unterstützung finden. Auch die Vereinigten Staaten haben mindestens in der Jordanfrage in der letzten Zeit auffallende Zurückhaltung gegenüber Israel geübt, entgegen den Erwartungen, die an die seinerzeitige Absprache zwischen Kennedy und Ben Gurion geknüpft wurden. Gleichzeitig beliefert Amerika ebenso wie die Sowjetunion die Araber recht ausgiebig mit Waffen, so daß Israel unbedingt auf den restlichen Waffenlieferungen aus Westdeutschland besteht, auf die es nach dem Geheimvertrag zwischen Adenauer und Ben Gurion Anspruch zu haben glaubt. Ob sich — wie manche meinen — in dieser Lage Präsident de Gaulle als Vermittler zwischen Israel und den Westmächten einschalten wird, ist eine offene Frage, obwohl es Frankreich fertiggebracht hat, seine Beziehungen zu den nordafrikanischen Ländern zu verbessern, ohne seine Freundschaft mit Israel aufzukündigen oder auch nur zu vernachlässigen.

Auf weitere Sicht ist natürlich die neue orientalische Frage (die schon im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert die Westmächte so lebhaft beschäftigt hat) nur zu lösen, wenn die wirtschaftlichen und sozialen Nöte der Völker Vorderasiens und Nordafrikas durch großzügige Entwicklungshilfe behoben werden. Welcher Widersinn, sich um Angelegenheiten des Mächtegleichgewichts, der politisch-militärischen Geltung und gar des persönlichen Ehrgeizes herumzuschlagen, während die Armut und die Unwissenheit der Volksmassen im Orient zum Himmel schreien! Es ist immer wieder die gleiche Binsenwahrheit, die man den Menschen unserer Zeit ins Gedächtnis zurückrufen muß: Schafft zuerst soziale Gerechtigkeit und geistige Befreiung, so wird euch das Übrige — politische Ordnung und friedliches Nebeneinander — von selbst dazugetan werden!

«Die Leute auf dem Mond» Das heißt allerdings nicht, daß aus den jüngsten Auseinandersetzungen um Israel und Ägypten nicht auch unmittelbar wirksam zu machende Lehren gezogen werden sollten. Es gilt dies namentlich auch für *Westdeutschland*, dessen Regierung ja mit ihrer Orientpolitik wirklich vor einem Scherbenhaufen steht. Aber da ist nun — wie wir schon in unserer letzten Rundschau feststellen mußten — vorderhand einfach nichts zu machen. Und in den «Blättern für deutsche und internationale Politik» (Köln, Märzheft) unterstreicht es auch Johannes Weidenheim: «Auch nach der ungewöhnlich drastischen, von Bonn fahrlässig provozierten und dann vom ägyptischen Staatspräsidenten auch prompt erteilten Lektion will Bonn erklärtermaßen seinen alten Kurs fortsetzen. Das ist vielleicht sogar schlimmer als die Ereignisse selbst — und niemand vermöchte zu garantieren, daß daraus eines Tages nicht doch noch ein *Casus belli* (ein Kriegsgrund) wird, ganz gleich für

wen.» Es sei, meint der Verfasser, wirklich an der Zeit, die Vertreter des alten Kurses zum Tempel hinauszutreiben, «alle die falschen Propheten dieses zwar in Unwissenheit dahindämmernden, aber doch redlich und gescheit arbeitenden Volkes, die uns und der Welt auch in dieser Situation noch von neuem weiszumachen versuchen, es gelte nur jetzt erst recht an der ‚Hallstein‘-Doktrin festzuhalten, dann werde schon noch alles gut werden . . . Was ist das für eine Staatsverwaltung, die einem Dogma zuliebe lieber auf ihre Repräsentanz (gemeint ist ihre diplomatische Vertretung in einem anderen Land) verzichtet, als diese mit anderen zu teilen und das Beste daraus zu machen versuchen? Das ist nicht nur nicht mehr Politik, das ist auch sonst nichts, was in eine Zeit paßt, da zum erstenmal seit Bestehen der Welt im römisch-katholischen Dom zu Köln (schlagen Sie nach, welche Rolle er in den Kreuzzügen gegen die Muselmanen gespielt hat) ein muselmanischer Gottesdienst (für Gastarbeiter) stattgefunden hat, übrigens just in diesen Tagen der sogenannten Nahostkrise, die aber vor allem eine Bonn-Krise ist. Das ist Hexenwahn. Hier artet der Antikommunismus zur Idiosynkrasie aus.»

Die Vertreter und Anhänger des westdeutschen politischen Kurses sind tatsächlich, wie in einer anderen bundesrepublikanischen Zeitschrift kürzlich zu lesen war, Leute, die auf dem Mond wohnen und das sowjetisch-amerikanische Wettrennen nach dem Mond gar nicht mitzumachen brauchen, weil sie schon längst dort oben ansässig sind . . .

Das trifft auf die Bonner Außenpolitik zu, wie sie vor bald zwanzig Jahren von Adenauer eingeleitet worden ist, dem Führer der Christlich-Demokratischen Regierungspartei, der am jüngsten CDU-Kongreß Frankreich und die Vereinigten Staaten beschworen hat, Westeuropa nicht ins Kielwasser der Sowjetunion geraten zu lassen, während Frankreich gerade daran ist (und Amerika vielleicht nicht sehr weit davon entfernt), sich über Westdeutschland weg mit Rußland zu verständigen. Es gilt aber ebenso für die bundesrepublikanische Innenpolitik, die von ihrer erblichen Belastung durch Hitlers Tausendjähriges Reich einfach nicht loskommt. Man sah das wieder in den grotesken Kämpfen um die Verjährung der *nationalsozialistischen Kriegsverbrechen*. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung der ganzen Welt schien der Bundestag bei der ersten Beratung der Angelegenheit bereit, die Bestimmung über die Verjährung «normaler» Verbrechen, die doch gar nicht auf Kolossaluntaten wie die von Hitlers Untergebenen begangenen Massenmorde gemünzt war, *grundsätzlich* nicht anzuwenden. Aber im Hinblick auf die Herbstwahlen und angesichts der Volksstimmung (eine deutliche Mehrheit der westdeutschen Männer und besonders der Frauen hat sich bei einer Meinungsumfrage *gegen* eine Strafverfolgung der Naziverbrechen über den 8. Mai 1965 hinaus erklärt) beschloß das Bonner Parlament dann bei der zweiten Lesung, *grundsätzlich* die Verjährung doch anzuerkennen, jedoch nur

bis Ende 1969 eine Strafverfolgung zuzulassen, also immerhin die Verjährungsfrist um viereinhalb Jahre zu erstrecken.

Nicht einmal in Westdeutschland selbst ist irgend jemand mit diesem kläglichen Kompromiß zufrieden. Für die übrige Welt aber bedeutet der Beschluß des Bundestags, daß die Volksvertretung der Bundesrepublik eine große Gelegenheit verpaßt hat, endlich glaubhaft den Trennungsstrich zwischen dem «neuen» Deutschland und dem Dritten Reich zu ziehen. Dieser Trennungsstrich ist eben tatsächlich niemals sauber und klar gezogen worden. Die nazistische Vergangenheit ist von der Masse der Westdeutschen *nicht* bewältigt worden. Der Geist, der das eroberungs- und herrschsüchtige Preußen geschaffen hat, der sich dann im zweiten Kaiserreich verkörpert und zum Ersten Weltkrieg geführt hat, der für das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg verantwortlich ist — dieser Geist lebt auch in der Bundesrepublik Deutschland sehr munter — wenn auch zeitgemäß gedämpft — weiter und droht zu einem dritten Weltkrieg zu führen, nach dem es dann freilich überhaupt kein Deutschland mehr gäbe. Wer behaupten wollte, bei der Mehrheit des westdeutschen Volkes habe seit 1945 in Fragen der nationalen Machtpolitik eine grundsätzliche Gesinnungsänderung stattgefunden, würde allen Tatsachen und Erfahrungen ins Gesicht schlagen, ohne doch die Welt über den wahren westdeutschen Geisteszustand täuschen zu können. Sogar in Zeitungen und Zeitschriften der Bundesrepublik, die tüchtig in Opposition zum Adenauer-Erhard-Kurs machen, kann man Geschichtsklitterungen finden, mit denen das kaiserliche Deutschland von der Hauptschuld am Ersten Weltkrieg freigesprochen werden soll. Und da jetzt gerade der 150. Geburtstag Bismarcks gefeiert wird, so wird man unfehlbar auch wieder zahllose Äußerungen der Sehnsucht nach einem *neuen* «großen» und gewissenlosen Realpolitiker erleben, wie es der angeschwärmte märkische Junker war. Die kleine Minderheit von Westdeutschen, die wirklich mit der unseligen Vergangenheit gebrochen hat, hat es nach wie vor fast hoffnungslos schwer, sich auch nur zu Gehör zu bringen. Wenn sie im nächsten Bundestag auch nur drei Abgeordnete (von 500) stellen wird, so wird man schon sehr zufrieden sein müssen . . .

England – Frankreich – Spanien Von der charakterlosen Gleichschaltung der westdeutschen Sozialdemokraten mit der Außen-, Militär- und Deutschlandpolitik der Regierungsparteien soll in diesem Zusammenhang nicht mehr die Rede sein; da ist Hopfen und Malz verloren. Aber was soll man von der *britischen Labourpartei* sagen, die immerhin von anderem Kaliber ist als die Partei der Brandt, Wehner und Erlen und dennoch, kaum zur Macht gekommen, so bedenklich versagt, wie das tatsächlich der Fall ist? Der innerparteiliche Aufstand gegen die Amerikahörigkeit Wilsons nimmt allmählich ungewohnt heftige Formen an; auch Abgeordnete und Zeitungen, die sich alle Mühe geben, Entschuldigungsgründe

für Wilsons und Stewarts — des Außenministers — Politik zu finden, reden eine Sprache, die mit Parteiloyalität wenig mehr zu tun hat. Aber Wilson vertraut eben darauf, daß die winzige Mehrheit, über die Labour im Unterhaus verfügt, die Opposition einfach zwingen werde, seinem Kurs zu folgen, ob sie nun will oder nicht. Und auf die Lauwarmen wird es auch Eindruck machen, was die Regierungs- und Parteiführer zur Rechtfertigung ihrer Haltung vorbringen: daß nämlich Großbritannien die Vereinigten Staaten in Vietnam unterstützen müsse, wenn es in Malaysia gegenüber Indonesien von Amerika unterstützt werden wolle, und daß das englische Pfund abgewertet werden müsse, wenn die amerikanische Bankwelt ihre Stützungsaktion einstellen sollte.

In den USA weiß man aber genau, daß ein Pfundsturz auch den Dollar erschüttern müßte, und hütet sich darum wohl, die Hand von der Stützung des Pfundes zurückzuziehen. Aber die Wirtschaftslage Großbritanniens ist eben, als Folge der dreizehnjährigen Vernachlässigung des Gemeinwohls zugunsten des Unternehmeregismus durch die Konservativen, derart empfindlich und schwankend geworden, daß das Gespenst einer Pfundentwertung seine Wirkung auch dann tut, wenn wirklich nichts dahinter steht. Wilson und seine Mannschaft kämpft sich so mehr schlecht als recht durch den Dschungel wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten hindurch, in dem England jetzt steckt; an eine irgendwie durchgreifende Sozialisierung der britischen Wirtschaft — um die früher oder später ja doch nicht herumzukommen ist — wagt man an der Spitze der Labourpartei sowieso nicht zu denken. Ein Glück für die Regierung Wilsons ist nur, daß auch die Konservativen mit großen innerparteilichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Ihr «wunderbarer» Führer Douglas-Home hat vollkommen versagt und wird abtreten müssen, sobald ein Ersatzmann gefunden ist, und der überraschende Verlust eines konservativen Unterhaussitzes an die Liberalen (nicht die Labourpartei!) deutet darauf hin, daß die Konservativen von Neuwahlen schwerlich einen Wiederaufstieg zur Regierungsmacht erwarten dürfen, daß sie also keinerlei Grund haben, einen baldigen Sturz der Labourregierung zu erstreben.

In *Frankreich* haben die jüngsten Gemeindewahlen der Linken, vor allem den Kommunisten, auffallende Erfolge gebracht, während die Gaullisten kaum ihre alten Stellungen zu behaupten vermochten. Allein General de Gaulle sitzt nach wie vor — dank dem Volksbeherrschungsapparat, der ihm zu Gebote steht, und einem den sogenannten Volkswillen ohnehin verfälschenden Wahlsystem — so fest im Sattel, daß er keine Mühe haben wird, als Präsident im kommenden Herbst wiedergewählt zu werden, sofern er sich überhaupt zur Wahl stellt. Der sozialdemokratische Kandidat, der Marseiller Bürgermeister Deferre, wird nicht mehr als einen Achtungserfolg erringen, da die Kommunisten von diesem weit rechts stehenden Politiker nichts wissen wollen und ohne eine nationweite Zusammenarbeit von Kommunisten

und Sozialisten aller Richtungen jede Möglichkeit einer Reformierung Frankreichs an Haupt und Gliedern ausgeschlossen ist. In Italien liegen ja die Dinge auch nicht viel anders.

Darf man aber wenigstens für *Spanien* einen wirklichen Ruck nach links erwarten? Die Diktatur Francos hat — mindestens in ihrer bisherigen Gestalt — ohne Zweifel ihre schönste Zeit hinter sich. Die Arbeiterschaft ist ständig in mehr oder weniger offener Rebellion gegen das Regime begriffen. Unter den Bauern gärt es längst auch. Und neuerdings sind es besonders die linksgerichteten Intellektuellen, unterstützt von Kräften der meist konservativen Katholiken, die nach Freiheit dürsten (wenn man so sagen darf). Besonders der organisierte Teil der Madrider Studenten läßt sich die Bevormundung durch das Regime nicht mehr gefallen und verlangt, unterstützt von studentischen Gruppen auch anderer Universitäten, völlige Freiheit für die akademisch-gewerkschaftliche Tätigkeit.

Das ist schon recht viel für Spanien. Noch vor fünf Jahren wären Kundgebungen wie diejenigen der Madrider Studenten (immerhin kaum mehr als eines Viertels der 20 000 Hochschüler der Hauptstadt) nicht möglich gewesen. Aber der Unterdrückungsmechanismus des faschistischen Regimes ist nach wie vor stark genug, um eine wirkliche Revolutionsbewegung zu verhindern, zumal Franco durch die Amerikaner mit Geld und Militärbasen höchst wirksam gestützt wird. Was man dennoch erwarten kann, das ist zunehmende Freiheit für alle Arten gewerkschaftlicher Tätigkeit, allmähliche Zulassung einer organisierten Opposition und Gewährung halbwegs achtbarer Vollmachten an die Volksvertretung, so sehr auch jetzt die Cortes die Karikatur eines wirklichen Parlaments sein mögen. Von hier aus kann der Kampf dann weitergeführt und in absehbarer Zeit vielleicht sogar die Diktatur durch so etwas wie eine bürgerlich-liberale Monarchie ersetzt werden. Ob dann die schweren Fehler vermieden werden, die nach dem Sturz der *reaktionären* Monarchie (1931) von der Linken begangen wurden und den Weg für die Gegenrevolution unter Franco freimachten, das muß die Zukunft lehren.

3. April

Hugo Kramer

Wir möchten unsere Freunde darauf aufmerksam machen, daß am Ostermontag, dem 19. April, von 13.30 Uhr an, auf dem Münsterplatz in Basel die

Abschlußkundgebung des Ostermarsches 1965 stattfindet

Beteiligt sind auch Gruppen aus Frankreich, Deutschland und Österreich.

Es sprechen unter anderen: Pfr. Dr. W. Lütli, Bern, Regierungspräsident M. Wullschleger, Basel.

Vorstand der Freunde der «Neuen Wege»